

## Streitfrage: Wie modern ist die Sozialpolitik der Linkspartei?

## Alter Rotwein – neue Schläuche?

Von Michael Opielka

Die neue Linkspartei sorgt für Beunruhigung. Dabei ist es fast die alte, die PDS, die frühere SED. Als sie sich am 17. Juli 2005 umbenannte, standen die Parteitage delegierten am Ende teils ergriffen, teils mit erhobener Faust und sangen die »Internationale«. Die Blicke einiger Faustträger ließen Werte ahnen, die unsereiner nicht will. Aber welche Werte will sie wirklich? Die Linkspartei will einen »demokratischen Sozialismus«. Ob ihn die Wähler der Linkspartei wollen, ist unklar.

Der westliche Teil der Linkspartei trat vorderhand bescheidener auf. Die Wahlalternative WASG war schlicht für Arbeit und für soziale Gerechtigkeit. Nichts mit Sozialismus. Mit Oskar Lafontaine assoziierte sich freilich jemand, der mit »demokratischem Sozialismus« viel anfangen kann. Immerhin steht der Begriff seit Godesberg 1959 im SPD-Programm. Eigentlich müsste sich die SPD mit der Linkspartei verstehen. Falls der »demokratische Sozialismus« ein Wert ist oder gar eine Methode. Aber ist er das?

Für die SPD war und ist der »demokratische Sozialismus« vor allem ein Differenzbegriff. Er richtet sich gegen den Marxismus-Leninismus, gegen totalitäre Versionen einer weltimmanenten Transzendenz, die auf Freiheit und Demokratie verzichten. Wenn Lothar Bisky auf der Umbenennungsparteitagung der PDS gleich zu Beginn seiner Parteivorsitzendenrede von einem »Aufbruch mit großer Last angesichts der im Namen des Sozialismus begangenen Verfehlungen und Verbrechen« spricht, dann glaubt man ihm. Aber der ganzen neu-alten Linkspartei?

Andererseits: die Zeit heilt viele Wunden. 16 Jahre nach DDR-Ende und einer Aufarbeitung des Ost-Irrwegs, die jene der NS-Zeit in Sachen Aufklärung, Buße und Heilung übertraf – obgleich die Verbrechen des Faschismus jene des DDR-Regimes unendlich überstiegen – scheint selbst den damaligen Skeptikern der deutschen Einheit wie Lafontaine eine versöhnliche Geste überfällig.

Noch immer riecht man in Ostdeutschland Reste des DDR-Mix aus Mentalterror und Kleinbürgerei. Bisweilen versuchen sich auch noch alte Seilschaften. Doch insgesamt hat der Westen gesiegt. Weil Parteikader in ihre Partei den Makrokosmos eindoppeln, erscheint ihnen die Linksparteigenese wie ein später kleiner Triumph: Ost schluckt West! Endlich wackelt der Schwanz mit dem Hund.

Die Wahlerfolge der ostdeutschen Volkspartei PDS bis hin zu Regierungsbeteiligungen versteht man nur als kulturelles Aufbegehren der Ostdeutschen, als Identitäts-

behauptung, die die Kontinuität der guten Solidarität im kühlen Kapitalismus benötigt. No German left behind. Linkspartei/PDS wollen nicht zurück zur DDR. Ihr demokratischer Sozialismus ist mehr eine gefühlte wie ideelle Wertematrix als ein klares politisches Projekt.

In Wirklichkeit heißt »demokratischer Sozialismus« nichts anderes als Wohlfahrtsstaat. Das Komplizierte am Wohlfahrtsstaat ist seine Multidimensionalität. Doch deshalb wurde er zum weltweiten Erfolgsmodell. Mehr als das diffuse Konzept einer »sozialen Marktwirtschaft« macht der Begriff »welfare state« die politische Dimension der Sozialpolitik deutlich.

Manche Beobachter vertreten die Meinung, es gebe eine kaum lösbare Spannung zwischen Demokratie und Wohlfahrtsstaat. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Dagegen lässt sich historisch und vergleichend argumentieren: gute Sozialpolitik ist eine Kunst. Sie braucht kluge Eliten und ein gebildetes Volk. Damit das Volk sich bildet, braucht es demokratische Verfahren, die es ernsthaft beteiligen, am besten Referenden.

In der Schweiz beispielsweise gibt es keine Sozialreform ohne Volksentscheidung. Das führte zu einer weltweit vorbildlichen Bürger-Rentenversicherung mit Grundrente, aber 1996 auch zur

Kopfpauschale in der Krankenversicherung. Korrekturen brauchen viel Zeit, »Sozialabbau« kommt in der Schweiz freilich praktisch nicht vor. In ihren Wahlprogrammen fordern Linkspartei wie übrigens auch die Grünen Volksentscheide auf Bundesebene. Die SPD leider nicht.

Es wird deshalb Zeit, die Linkspartei zu entdämonisieren. Welche Art von Wohlfahrtsstaat wird von ihr angestrebt? 1985 sprach Jürgen Habermas in einer berühmten Rede vor dem spanischen Parlament von der »Neuen Unübersichtlichkeit« und der »Erschöpfung« der »utopischen Energien des Wohlfahrtsstaates«. Die Linkspartei will davon wenig wissen. Für sie ist die Lage übersichtlich: »Arbeit für alle« heißt es, ein »Grundrecht« auf Erwerbsarbeit. »Öffentliche Investitionen« sollen dafür sorgen.

Praktisch scheint (im Wahlprogramm) manches unausgegoren: »Wir fordern, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG plus Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus »Ein-Euro-Jobs« in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsvertrag ausgezahlt bekommen – ohne die Zwänge und Demütigungen«, das ganze in einem »öffentlich geförderten gemeinnützigen Beschäftigungssektor«: »Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beein-

trächtigung der Privatwirtschaft muss vermieden werden.« Unmöglich ist das nicht (eine halbe BAT VII-Stelle kostet »den Staat« nicht mehr als ein »Ein-Euro-Job« mit ALG II). Aber mehr Details würden diese Vision überzeugender machen. Denn das Ziel, die Arbeitslosigkeit wirksam zu reduzieren, teilt



Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena und derzeit Visiting Scholar an der University of California at Berkeley, School of Social Welfare. Er ist Jahrgang 1956 und hat Rechtswissenschaften, Erziehungswissenschaften, Philosophie und Ethnologie in Tübingen, Zürich und Bonn studiert. Seine Promotion in Soziologie hat er 1996 an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen.

Foto: privat

die Linkspartei zumindest mit der CDU/CSU.

»Sozial ist, was Arbeit schafft«, heißt deren Wahlprogramm-Mantra, »alles« solle sich diesem Ziel »unterordnen«. Weder die – angesichts des Strukturwandels zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft – erstaunliche Beharrung auf einer Erwerbsarbeitszentrie-

In der Sozialpolitikforschung herrscht unter Nicht-Ideologen weitgehend Übereinstimmung über die Relevanz nationaler Wohlfahrtsstaatsregulierung trotz Globalisierung. Wie sonst wären die erheblichen Unterschiede der Arbeitslosenquoten, der Erwerbsquoten (vor allem auch der Frauen) oder der Armutsquoten zu erklä-

ren? Analytisch liegt die Lafontaine-Linke also nicht falsch. Konzeptionell müsste sie freilich noch klären, wie sich ihr auf nationale Schließung orientiertes Wohlfahrtsstaatsprojekt mit politischem Internationalismus verträgt.

Ein wohl tiefer liegendes Problem des Linksparteiprojektes ist hier die mit Protektionismus und Friedensfreude verschleierte Freiheitskepsis, in Gestalt von Anti-amerikanismus und Antizionismus. Hier scheint auch Lafontaine auf dem rechten Auge bisweilen blind.

Der Konflikt um seine »Fremdarbeiter«-Äußerung ist nicht banal. Zu leicht übersehen Lafontaine und viele Ost-Nostalgiker, dass die amerikanische Kulturidee individueller Freiheit mit der jüdischen Klage nach religiöser Freiheit Osteuropa erst ein menschliches Gesicht geben. Nur so wurde die Befreiung von jener die eurasische Kultur prägenden »orientalischen Despotie« möglich, die Karl A. Wittfogel wie Rudolf Bahro analysierten – und die in Russland noch immer auf ein Revival lauert.

Berechtigt erscheint die Linkspartei-Annahme nicht unerheblicher redistributiver Möglichkeiten. Mehr Umverteilung nach Leistungsfähigkeit ist möglich. Sowohl Spitzensteuersätze wie Vermögenssteuer stellte erst eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in Frage. Auch die Entkopplung von Wohlfahrtsstaat(sfinanzierung) und Erwerbsarbeit ist überfällig. Hier läge die Chance der Linkspartei. Eine Bürgerversicherung für alle Zweige der Sozialversicherung wäre nämlich keineswegs ein Wirtschaftshemmnis, wenn sie gut gemacht wird. Leider fordert letzteres bislang keine der deutschen Parteien, auch nicht die Linkspartei – freilich Lafontaine in seinem neuen Buch »Politik für alle«.

Zwei alte Werte kennzeichnen das neue Parteiprojekt: Gleichheit und Solidarität. Der dritte, französisch-revolutionäre, abendländische Wert, die Freiheit, ist bislang das Konfliktfeld der Linkspartei mit Sozialdemokratie und dem Rest des Parteiensystems. Freiheit meint zunächst bürgerliche Freiheit, negative Abwehrrechte gegen Despotie und Bürokratie. Der Wohlfahrtsstaat des demokratischen Sozialismus will darüber hinaus positive, soziale Rechte.

Hier ist ein Konflikt. In der Sozialpolitik taucht der Wert Freiheit fast überall nur negativ auf: als Forderung nach weniger Wohlfahrtsstaat und mehr Markt. Die Linke, sofern sie Freiheit schätzt, weiß aber, dass der Wohlfahrtsstaat, gut gemacht, zum Garant für Freiheit wird: Chancengleichheit, Bildung (selbst George W. Bush fordert: »no child left behind«), Entmarktlung (Dekommodifizierung) der Existenzsicherung, um auch Neuen sagen zu können. Alle drei alten Werte in neuen Schläuchen wären ein Gewinn für die Demokratie.



ND-Foto: Burkhard Lange